

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pf. Postanweisung Nr. 4089 a. h. Nachtrag. Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. für Verlagsanzeigen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 82.

Sonnabend, den 8. April 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Die wahren Terroristen.

H. W. Zum so und so vielmale ist das Erscheinen der Zuchthausvorlage in nahe Aussicht gestellt. Gleich nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages, so heißt es, soll sie an diesen gelangen, damit sie noch in diesem Jahre fertiggestellt und der angebliche Terrorismus der Arbeiter mit derselben bekämpft werden kann. So verkünden wenigstens die Organe der „Scharfmacher“, die dabei wiederum behaupten, daß es einen Terrorismus keiße nicht bei den Kräu- und Schloßjüngern, Großpropen und Dividendenjägern, sondern nur ganz allein bei den Arbeitern gibt.

Ob die Vorlage kommt und wann, das erscheint noch unsicher. Sie ist schon lange angekündigt und ist doch noch nicht da, obgleich die Stumm und Weusse nach ihr schreien, wie der Hirsch nach frischem Wasser. Das bedeutet unzweifelhaft, daß in der Regierung selbst ernsthafte Differenzen in Bezug auf diese Vorlage bestehen, Differenzen, die sich bei der Verhandlung im Bundesrathe noch verschärfen müssen. Möglicherweise stolpern noch einige Minister über diese Vorlage und kommen dabei zu Fall; möglicherweise bleibt aber auch die ganze Sache in der Vorberathung stecken. Jedenfalls hat man mehr Schwierigkeiten dabei gefunden, als man Anfangs geglaubt hat.

Im Reichstage hat die Aussichten für die Zuchthausvorlage offenbar sehr ungünstig. Nur die Konservativen treten unbedingt für dieselbe ein; die Nationalliberalen sind schwankend. Das Zentrum, welches auch in dieser Sache die Entscheidung in der Hand hat, wird eine Zuchthausvorlage nach den Wünschen der Scharfmacher unbedingt verwerfen müssen. Zwar befinden sich auch im Zentrum Schloßjunker genug, und sie sind nicht weniger brutal als die anderen, und das haben namentlich die ober-schlesischen Industriearbeiter nach den letzten Wahlen bitter erfahren müssen. Aber das Zentrum ist zu einem guten Theil auf die Industriearbeiter angewiesen. Die in Jünglings- und Gesellenvereinen organisierten Arbeiter, die sich noch nicht zum Klassenbewußtsein durchgerungen haben, werden zwar von Pfaffen und „Hekkaplänen“ immer noch gegängelt. Aber man mag ihnen Heiligengeschichten und Legenden erzählen so viel man will — auch diese Arbeiter werden vom Zentrum kategorisch verlangen, daß es die Zuchthausvorlage rundweg ablehnt. Und das Zentrum wird auch nicht anders können, wenn es sich die Stimmen dieser Arbeiter erhalten will.

Die Staatsmännchen à la Lieber werden den Versuch machen, die Regierung mit einem abgeschwächten Gesetz zufrieden zu stellen. Die Scharfmacher sehen es so kommen und ihre Organe fahren heute schon grimmig dagegen los. Wenn der Reichstag das Gesetz nicht so annimmt, wie es ihm vorgelegt wird, dann muß er aufgelöst werden, hält es aus den Scharfmacherblättern.

Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gefocht wird, und wenn dann etwa die preussische Regierung den Antrag auf Auflösung des Reichstages an den Bundesrath bringt, so wird dieser es sich wohl drei Mal überlegen, ehe er zustimmt. Die Gesamtheit der Stimmen im Bundesrath beträgt bekanntlich 58; davon hat Preußen 17. Früher bildeten die preussischen Stimmen zusammen mit denen der norddeutschen und der meisten mitteldeutschen Kleinstaaten eine sichere Mehrheit. Aber im Laufe der Zeit hat sich das Verhältnis der Kleinstaaten zu einander nicht gefestigt, sondern eher etwas gelockert und die „Reichsverbrossenheit“ hat sich nicht nur im Volke, sondern auch in „höheren Regionen“ gezeigt. Das sind die natürlichen Wirkungen des Auftretens der ostelbischen Junker, die das ganze Reich gern in einen großen Gütsbezirk verwandeln und bis an die Grenze der Möglichkeit für sich ausschöpfen möchten. Auch diejenigen, die mit gleichen Füßen in die Bismarck'sche „Herrlichkeit“ hinein gesprungen sind, haben damals nicht entfernt daran gedacht, daß die Dinge eine solche Wendung nehmen und das Reich zu einem Ausbeutungsobjekt für die gierige ostelbische Junkergesellschaft werden könnte. Wenn schon in Preußen selbst alle nicht reaktionären Elemente den Kampf gegen den Terrorismus des Junkerthums aufgenommen haben — muß in den andern Staaten die Erbitterung über die Anmaßungen dieser rückständigen

Klasse nicht um so größer sein? Zeichen, daß es so ist, sind täglich zu bemerken.

Und wenn der Bundesrath doch der Auflösung des Reichstages zustimmt, wie würde sich dann der Wahlkampf gestalten? Die Zuchthausvorlage wäre dann das Banner der Regierung. Mit ihr müßte sie in den Wahlkampf ziehen. Eine großartige Niederlage wäre ihr sicher, und was dann?

Ja, was dann? Das Unbestimmte, Ungewisse, was dann kommt, ist es, was die Scharfmacher antreibt, so sehnsüchtig eine Auflösung des Reichstages zu verlangen. Die Zukunft erscheint dunkel und trübe und im Trüben wollen sie fischen. Sie hoffen, daß der Reichstag dann in einen unlöslichen Konflikt mit der Regierung geräth und daß der bekannte „schneidige General“ auf die Bildfläche erscheint, der, um in der Junkersprache zu reden, den gordischen Knoten mit dem Schwerte zerhaut. Kurz, als Ende des Konfliktes denken sich die Herren die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechtes auf irgend einem Wege, der heute noch nicht klar ist.

Wenn man die schnarrenden Junker hört, so scheint es, als glaubten sie, die Vorsehung habe diesen Gang der Dinge bereits vorgezeichnet. Diese Herren erlauben sich in der brutalsten Weise Alles anzuschreien, was nicht in ihr Nachwächterhorn bläst, und leider giebt es in Deutschland viele gutmüthige Leute, die sich das gefallen lassen. Die Sozialdemokratie läßt es sich nicht gefallen und darum ist sie auch bei den Junkern die bestgehaßte Partei. Aber wenn schon der Terrorismus, von dem so viel die Rede ist, gerade beim Junkerthum sich am widerwärtigsten äußert, so kann man andererseits nicht verkennen, daß bei dem Junkerthum trotz des angeblich „schneidigen“ Auftretens ein gutes Stück Donquixoterie vorhanden ist. Viele dieser blau-blütigen Gesellen haben sich nur eine Löwenhaut übergehängt; was darunter brüllt, reizt mehr zum Lachen, als daß es Furcht erregt. Wir sind überzeugt, daß diese Klasse, wenn das deutsche Volk sich einmal einmüthig gegen ihr Treiben kehrt und sich entschlossen zeigt, demselben ein Ende zu machen, dann furchtsam zurückweicht, wie sie bei allen historischen Anlässen der Neuzeit gethan. Im Mittelalter war diese Klasse wild und kräftig; in unserer Zeit ist sie im Verfall begriffen. Sie spekulirt mit Glück auf das Pöhlgen und die Gutmüthigkeit der Masse. Aber diese Dinge haben auch ihre Grenzen. Wenn der junkerliche Terrorismus so weiter getrieben wird, dann bringt er es hoffentlich dahin, daß sich die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes gegen denselben zusammenschließt, und dann ist es aus mit der politischen Macht dieser Sippe.

Darum wird unseres Erachtens auch nicht die Entwicklung der Dinge den Gang nehmen, den die Junker so brutal ankündigen. Es wird ihnen hoffentlich nicht gelingen, Deutschland in unabsehbare innere Wirren und Konflikte zu stürzen.

Und wenn doch — nun, dann hat es das deutsche Volk selbst verschuldet. Aber wir glauben noch nicht daran.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Gegen die Zuchthausvorlage machen sich in Süddeutschland Stimmungen kund, die unsern Scharfmachern und auch der Regierung zu denken geben sollten. In der am Dienstag in Nürnberg abgehaltenen Generalversammlung des Wahlvereins der bayerischen Konservativen kam es im Anschluß an einen Vortrag des Pfarrers Steinlein über die Sozialdemokratie zu einem lebhaften Meinungsaustausch über die Zweckmäßigkeit eines Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie. Die Mehrzahl der Redner vernichtete die Zweckmäßigkeit eines solchen Gesetzes und erklärte sich auch entschieden gegen den Erlaß eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitwilligen. Ferner erklärte die Landesversammlung der evangelischen Arbeitervereine Württembergs, die in den Osterfeiertagen stattfand, daß sie zwar jeden Terrorismus von Arbeitnehmern wie von Arbeitgebern entschieden verurtheile, daß sie aber die bestehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Strafgesetzbuchs, besonders im § 153, für vollständig genügend und bei gleichmäßiger Anwendung nach beiden Seiten für angemessen halte. In einer Ver-

schärfung derselben oder einem eigens hierzu bestimmten neuen Gesetz sei eine bedenkliche Bedrohung der freiheitlichen Rechte der Arbeiter und eine Gefahr für unser Volksleben zu erblicken.

Der Bankrott des Liberalismus wird jetzt von den nationalliberalen Organen anerkannt und beklagt. In der Halbmonatschrift „Deutsche Stimmen“ veröffentlicht Prof. Theobald Biegler eine Zuschrift, welche von der nationalliberalen „Köln. Btg.“ nebst einer Zustimmung abgedruckt wird. In Folge des Falles Schell brechen die liberalen Organe in folgende Klagen aus:

„So sehr uns Schell persönlich und menschlich interessiert und aufrere Theilnahme wachruft, so ist doch zweierlei an seinem Falle weit über dieses Persönliche hinaus von Wichtigkeit: einmal die Wahrnehmung, daß der Widerstand des deutschen Volkes gegen das Römische in der katholischen Kirche immer fargathtiger, immer schwächer und aussichtsloser wird. Auf der ganzen Linie ist im Laufe des 19. Jahrhunderts der Jesuitismus und Ultramontanismus Sieger geblieben, der berechtigte Anspruch der Deutschen, ihre freieren und feineren, mehr auf's Innere und Tiefere gerichteten Anschauungen innerhalb des Katholizismus geltend zu machen, sind zurückgewiesen und — man denke an Hermes, an Günther, an den Vikarholizismus — zum Theil mit Gewalt niedergeschlagen worden. Das ist für die katholische Religion und Kirche selbst ein schwerer Nachschlag und eine empfindliche Einbuße; es ist aber auch politisch gefährlich für uns in Deutschland, wo das Katholische immer mehr Trümpf wird, wenn dieses Katholische anhört, ein Deutsches zu sein. Das Nubere, was aus der Fall Schell nahelegt, ist ein Spezialereb. Schell ist ein deutscher Universitätsprofessor. In Deutschland gilt, wenn auch nicht überall in derselben verfassungsmäßig beständige Weise wie in Preußen, daß die Wissenschaft und ihre Lehre frei sei; darauf beruht der Werth und die Geltung der deutschen Wissenschaft und der deutschen Universitäten nach innen wie nach außen.“

Ob es den Herren niemals einfällt, darüber nachzudenken, woher es kommt, daß ein deutscher Professor sich ducken muß und ein demokratischer Pfarrer wie Daens in Belgien dem Kerus kühn die Stirn bieten und den Kampf wagen kann? Wohl steht in der preussischen Verfassung der stolze Satz: „Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei“; aber die Professoren sind Beamte und deshalb der Disziplinargewalt der Staatsregierung unterstellt. In der Furcht vor der Revolution hat der Liberalismus der Reaktion überall die Hand geboten zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung. So sind die Hochschulen Pflanzstätten des Servilismus und Hyzantinismus geworden. Der Mensch, dem es unterlagt ist, die Mängel der Staats- und Gesellschaftsordnung bloß zu legen, wird auch nie ein Kämpfer gegen die Muckerei und den Ultramontanismus sein. Der Jammer, daß der Ultramontanismus Sieger geblieben ist, kann uns höchstens ein mitleidiges Lächeln entlocken. Der Liberalismus bescheinigt seine Impotenz, indem er klagt, daß er in dem Kulturkampf unterlegen ist. Der Kulturkampf war die klägliche Phrase, mit welcher der Junker Bismarck die deutschen Spießbürger hinter's Licht zu führen wußte. Da die deutsche Bourgeoisie auf politischem Gebiete dem Junkerthum die Herrschaft ließ, mußte sie sich sagen, daß sie überhaupt nicht Herrscherin werden könne. So folgen Niederlagen auf Niederlagen. Freilich wird es keinen endgültigen Sieg der Reaktion geben. Die Menschheit wird fortschreiten, aber erst das stregende Proletariat wird die Finsterlinge überwinden, die jetzt als Sieger über das molluskenhafte Wesen der Bourgeoisie triumphiren.

Eine vertrackte Gründung. Ueber die Gründung der „Industria“-Versicherungs-Gesellschaft haben wir i. Bt. berichtet und die Satzungen dieser famosen Gründung des Bundes der Industriellen mitgetheilt. Auf 5000 Aktien à 1000 M. gegründet, war ihr Zweck „die Gewährung von Versicherungen gegen Verluste, welche durch Arbeiterstreiks dem Betriebsunternehmer zugefügt waren“. Sie sollte denjenigen Schaden ersetzen, den der Versicherte durch einen Streik erlitt und zwar auf die Dauer von 4 Monaten. In der neuesten kapitalistischen Aera hat man sich nun über eine solche Gründung nicht besonders gewundert. Vermunderung erregte es dagegen, daß schon dreiviertel Jahre nach der Gründung, am 7. Juli v. J., das Gründungskomitee die Auflösung der Gesellschaft beschloß. Warum? Das erfuhr die Öffentlichkeit nicht. Die Gründe werden nun dargelegt in dem der Generalversammlung des Bundes der Industriellen für das Geschäftsjahr 1897/98 vorgelegten Jahresbericht, der kürzlich im Druck erschienen ist. Sie sind recht kapitalistischer Art. Erfaß der Verluste durch Streiks wäre wohl allen Unternehmern angenehm gewesen, aber kosten wollten sie es sich nicht lassen; namentlich









